Stadt Dübendorf

Protokoll Gemeinderat

Sitzung vom **7. September 2009**

25. Sitzung Gemeinderat (2006 – 2010) / Doppelsitzung

Datum, Zeit:	Montag, 7. September 2009, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ
Vorsitz:	Peter Bless, Ratspräsident
Anwesend:	39 Ratsmitglieder
Entschuldigt abwesend:	Anna Hermann (CVP) Rolf Güttinger (Tiefbauvorstand) Patrick Schärer (Stadtschreiber-Stv./Ferien) Marcel Amhof (Sekretär)
Protokoll:	Gottfried Ruckstuhl, Sekretär-Stellvertreter
Stimmenzähler:	Rolf Biggel: Bereich rechts, FDP und Bürotisch Stephan Schneider: SVP und CVP Stefanie Huber: GEU und SP/ Juso
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 24. Sitzung vom 6. Juli 2009
3. Interpellation Andrea Kennel (SP) und Hans Baumann (SP) „Städtisches Beschaffungswesen“ / Begründung
   Geschäft Nr. 246/2009
4. Privater Gestaltungsplan Bogenhaus, Überlandstrasse 197-201 / Bewilligung
   Geschäft Nr. 231/2009
5. Zusatzkredit für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der familienergänzenden Betreuung von Kleinkindern (Krippe) / Bewilligung
   Geschäft Nr. 232/2009
6. Zusatzkredit für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Tagesstrukturen in der Primarschule Dübendorf (Hort und Mittagstische) / Bewilligung
   Geschäft Nr. 233/2009
7. Motion Hans Baumann (SP) „Familienergänzende Betreuung von Kleinkindern“ / Begründung und Überweisung
   Geschäft Nr. 257/2009
8. Erste Fragestunde des Amtsjahres 2009 / 10

1. Mitteilungen

Mitteilungen des Ratspräsidenten:

- Neue Geschäfte seit der letzten GR-Sitzung

  - Beantwortung schriftliche Anfragen
    Hans Baumann (SP) betr. Lohndiskriminierung beim städtischen Personal
    Erika Attinger (GEU) betr. Förderprogramme erneuerbarer Energie / Label Energiestadt
    Stephan Schneider (CVP) betr. Verkehrssituation Grüzestrasse

  - Volksinitiative „2000 Watt Gesellschaft für Dübendorf" / Vorprüfung der Initiative
    Beschluss Stadtrat vom 20. August 2009:
    Die Volksinitiative entspricht den rechtlichen Erfordernissen und wird zur Unterschriftensammlung freigegeben.

  - Bürgerrechtsgesuche:
    Ein Bürgerrechtsgesuch ist am 26. August 2009 im Sekretariat eingegangen und der BRK zur Vorberatung überwiesen worden.

  - Einbürgerung Fadik Temel / Weiterzug an das Verwaltungsgericht
    Mit Beschluss vom 22. Juli 2009 hat der Bezirksrat den ablehnenden Entscheid des Gemeinderates vom 6. Oktober 2008 geschützt. Dagegen hat Fadik Temel beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingelegt. Das Büro hat beschlossen, mit der Wahrung der Interessen des Gemeinderates einen Rechtsanwalt zu beauftragen.

- Nächste Sitzungen
  - Die Sitzung des Gemeinderates vom 5. Oktober 2009 fällt voraussichtlich aus.
  - In Absprache zwischen Ratspräsident, GRPK – Präsident und Stadtrat ist die Dezembersitzung auf den 14. Dezember 2009 verschoben worden.

2. Protokoll der 24. Sitzung vom 6. Juli 2009

Gegen das erwähnte Protokoll sind beim Präsidenten des Gemeinderates keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.

3. Interpellation Andrea Kennel (SP / JUSO) und Hans Baumann (SP / JUSO) „Städtisches Beschaffungswesen" / Begründung Geschäft Nr. 246 / 2009

Andrea Kennel (SP / JUSO) begründet ihren Vorstoss: „Letzten Juni wurde unser Postulat im Zusammenhang mit Beschaffungen aus dem Ausland vom Gemeinderat nicht überwiesen und nun kommen wir schon wieder mit diesem Thema. Wieso denn das? Beim Postulat hiess es, wir betreiben Wahlkampf und das Thema sei nicht wichtig. Wir sehen das anders. Die Stadt investiert, richtigerweise auch jetzt in der Krise. Doch wer profitiert von Aufträgen und werden diese wirklich nach fairen Kriterien vergeben? Die öffentliche Hand hat nicht nur die Möglichkeit sondern auch die Pflicht nachhaltig und fair zu investieren. Das ist vom Bundesgesetz und der kantonalen Submissionsverordnung her vorgegeben. Mit unserer Interpellation wollen wir wissen, wie das in Dübendorf gelöst ist. Einige der vorgegebenen Kriterien sind sicher nicht immer so einfach zu überprüfen. Genau hier möchten wir wissen, wie Dübendorf vorgeht. Dazu gehören nicht nur Vergaben ins Ausland, sondern auch die

Frage nach branchenüblichen Arbeitsbedingungen und nach der Gleichstellung von Mann und Frau. Wir fragen nach der Umsetzung von vorhandenen Gesetzen und Verordnungen und erwarten daher vom Stadtrat kurze und klare Antworten.

Frist für die Beantwortung: 7. Januar 2010

4. Privater Gestaltungsplan Bogenhaus, Überlandstrasse 197 – 201 / Bewilligung Geschäft Nr. 239/2009

Thomas Maier (GEU) als Referent der KRL gliedert seine Ausführungen in:

- Ausgangslage und Zielsetzung
  - Arrondierung der Grundstücke
  - Lage
  - wichtiges Eingangstor zum Stadtzentrum
  - nachhaltige Aufwertung des Gebietes

- Erwägungen und Prüfung der KRL
  - Einwendungen: mit den Nachbarn geklärt
  - Vorprüfung durch Baudirektion
  - drei Fragen an Stadtrat von diesem zur Zufriedenheit beantwortet

- Fazit
  Die KRL kommt zum Schluss, dass das vorgesehene Bogenhaus sich gut ins umliegende Ortsbild und die Baustruktur einfügt. Es entsteht ein kleines aber modernes Dienstleistungszentrum. Das Bogenhaus schirmt die rückwärtige Wohnnutzung von den Lärmemissionen von der Strasse und Schiene ab und erhöht damit die Lebensqualität in den Innenhöfen und Grünflächen. Auch mit der Einhaltung der Minenergie-P-Standards wird den Zielen der Stadt Dübendorf (Energiestadt Label) entsprochen.

Die KRL empfiehlt einstimmig Zustimmung.

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 38 Ja zu 0 Nein.

Beschluss:

1. Dem privaten Gestaltungsplan Bogenhaus, bestehend aus dem Situationsplan 1:500 vom 23. April 2009 und den zugehörigen Vorschriften vom 19. Februar 2009, wird – gestützt auf § 86 des Planungs- und Baugesetzes (PBG) – zugestimmt.

2. Der Gestaltungsplan bedarf gemäss § 89 PBG der Genehmigung durch die Baudirektion des Kantons Zürich und tritt nach der entsprechenden öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug.

5. Zusatzkredit für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der familienergänzenden Betreuung von Kleinkindern (Krippe) / Bewilligung
Geschäft Nr. 232/2009

Ruedi Herter (FDP) erläutert im Namen der GRPK mit einer PowerPoint – Präsentation den Antrag. Folgende Punkte zeigt er auf:

- Vorhandenes, knappes Angebot an Krippenplätzen
- jetzige finanzielle Unterstützungen durch die Stadt
- Warteliste zurzeit mit 30 Kindern
- die Krippe Zwinggarten in Zahlen
- Zusatzkredit für die zweite Krippe mit 30 Plätzen
- Vollkosten pro Platz und Tag im Vergleich Stadt – Privat
- Elternbeiträge beim Berechnungsmodell zwischen Fr. 15.- und Fr. 110.-
- Kostendeckungsgrad 36 %, errechnet durch die Primarschule
- Abänderungsantrag Stadtrat Kostendeckungsgrad von 66 %
- Getroffene Abklärungen der GRPK
- Spannungsfeld Private Krippe – öffentliche Krippe / Fazit: freie Krippenwahl führt zu sozialer Durchmischung

Zusammenfassung:

- Die Betreuung von Vorschulkindern gehört nicht zu den Aufgaben der Schule.
- Die Schule könnte zwar Synergien mit bestehenden Betreuungseinrichtungen nutzen, der Kostenvergleich zeigt aber, dass städtische Krippen nicht besser und nicht schlechter arbeitet als private Krippen.
- Die Subvention städtischer Krippenplätze verschleiert die wahre Kostensituation und schafft ungerechte Marktverhältnisse.
- Das Ziel der sozialen Durchmischung kann mit dem vorliegenden Antrag nicht erreicht werden**.**

<u>Antrag:</u>

Die GRPK
- beantragt, den vorliegenden Antrag Nr. 159 der Primarschule zurückzuweisen
und
- empfiehlt dem Stadtrat, so rasch als möglich ein einfaches, transparentes und gerechtes Subventionsmodell auszuarbeiten, das alle Betreuungsangebote für Kleinkinder einbezieht.

<u>Ergänzungsantrag des Stadtrates</u>
4. Der Kostendeckungsgrad hat mindestens 66 % zu betragen. Die Umsetzung erfolgt in zwei Etappen, per 1. Januar 2010 und per 1. Januar 2011.

Bildungsvorstand Edith Jöhr betont, dass gut betreute Kinder eine wesentlich grössere Chance auf einen guten Schuleintritt haben. Aber die Kinderbetreuung wirkt sich auch ganz allgemein auf die Schulqualität aus. Dies ist ein wesentlicher Grund, dass sich die Primarschulpflege für eine Erweiterung des Angebots ausspricht obwohl dies nicht zum Kerngeschäft der Schule gehört. In Dübendorf leben rund 800 vorschulpflichtige Kinder. Auch wenn das Angebot auf 52 Plätze erweitert wird, ist nach wie vor ein Bedarf nach Krippenplätzen vorhanden. Private Anbieter können diesen Bedarf nicht

voll abdecken, da sie in der Regel teurer sind. Es sollte aber möglich sein, dass für alle die gleichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Der vom Stadtrat eingeforderte Kostendeckungsgrad von 66 % erscheint unrealistisch. Rund 2/3 aller Einnahmen stammen aus den Elternbeiträgen. Würde ein fester Kostendeckungsbeitrag festgelegt, müssten die Beiträge regelmässig neu fixiert werden. Das verunsichert. Im Antrag ist vorgesehen, dass die Beiträge in zwei Schritten nach oben angepasst werden. Dann sollten sie stabil bleiben. Da sich das jetzige Finanzierungsmodell bewährt hat, sollte es beibehalten werden. Die jetzige Warteliste ist lang. Es muss schnell eine Verbesserung der Situation realisiert werden. Mit dem vorligenden Antrag ist dies möglich.

Hans Baumann (SP / JUSO) als weiteres Mitglied der GRPK: „Ich möchte zu den an sich korrekten Ausführungen von Ruedi Herter noch zusätzlich darüber informieren, wie schwer sich die GRPK mit diesem Geschäft getan hat. Wichtig für den Rat ist vor allem zu wissen, das die Unterkommission, welche dieses Geschäft in der GRPK vorbereitet hat, zu einem anderen Schluss gekommen ist, als der jetzt von der GRPK vorliegende. Die UK musste sich monatelang mit dem Geschäft befassen, da ja die erste Vorlage an die Primarschule zurückgewiesen wurde. Sie hat sich also tief in die Materie eingearbeitet und wollte dem Gemeinderat empfehlen, die Vorlage der Primarschule anzunehmen ohne den Ergänzungsantrag des Stadtrates. Dies, weil bezüglich Betreuungsplätzen in unserer Stadt ein echter Notstand herrscht. Die Vorlage der Primarschule würde die Plätze in der städtischen Krippe gut verdoppeln und damit diese Notsituation entscheidend und sofort verbessern. Die UK war auch der Meinung, dass der Ausbau der städtischen Krippe überhaupt nicht ausschliesst, das städtische Subventionsmodell in einem zweiten Schritt auf private Krippen auszudehnen. Im Gegenteil: Dies sollte nicht nur mit einer Empfehlung geschehen sondern mit einem zwingenden Auftrag, aus dem dann auch die Motion, die wir unter Traktandum 7 behandeln, entstanden ist. Eine Mehrheit der GRPK ist dann aber – aus meiner Sicht leider – zu einer anderen Schlussfolgerung gekommen. So dass wir, wenn wir jetzt den Antrag der Primarschule ablehnen, weder den Spatz in der Hand noch die Taube auf dem Dach haben sondern das ganze Krippengeschäft wieder aufgeschoben wird, ich hoffe nicht auf den St. Nimmerleinstag!“ Im Weiteren belegt Gemeinderat Baumann mit einem Rechnungsbeispiel, dass die Stadt bei einem Kostendeckungsbeitrag von 66 % bei der Krippenbetreuung finanziell entlastet würde.

Keine weiteren Wortmeldungen aus der GRPK.

Arthur Gasser (EDU) äussert sich zu den folgenden Themen:
- Wartelisten (wie viele Kinder stehen in Dübendorf insgesamt auf der Warteliste)
- Kapazität der von der Stadt Dübendorf finanziell unterstützten Krippen (mit Eröffnung der neuen Krippe wird das Angebot der Stadt erhöht. Bestehende private Krippen könnten konkurrenziert und u. U. nicht mehr kostendeckend arbeiten)
- Jahresrechnung 2008 Krippe Zwinggarten (Deckung durch Elternbeiträge weniger als ein Drittel)
- Zukünftiger wiederkehrender Aufwand nach Eröffnung der 2. Krippe (ein Berechnungsbeispiel wirft diverse Fragen zum Kostendeckungsgrad auf, die Gemeinderat Gasser gerne beantwortet hätte.)

Die GEU – Fraktion, so Ursula Hunziker, unterstützt den Antrag der GRPK vollumfänglich. Dies nicht nur wegen der zusätzlichen Krippenplätze. Die Problematik muss ganzheitlich neu überdacht werden und zwar mit Einbezug der privaten Anbieter. Dabei ist besonders zu beachten, dass alle gleich behandelt werden. Organisatorisch hat die Schule keinen Auftrag Krippen zu führen. Dies könnte auch durch weitere Private und / oder Vereine geschehen. Wenn dem vorliegenden Antrag zugestimmt würde ändert sich nichts. Es muss sich aber etwas ändern.

Jacqueline Hofer (SVP) ist überzeugt, dass mit dieser Vorlage die selbst erziehenden Eltern benachteiligt werden. Dabei erfahren traditionelle Familien bereits heute erhebliche Nachteile. Bei den Steuern könne sie kaum Abzüge für ihre wichtige Arbeit geltend machen. Auf der anderen Seite können

externe Kinderbetreuungskosten in grosszügigem Umfang steuerlich abgezogen werden. Dies ist stossen, weil sich die traditionellen Familien durch eine grosse Eigenverantwortung auszeichnen. Fakt ist auch, dass die sogenannte grosse Nachfrage nach Fremdbetreuungsplätzen künstlich geschaffen wird. Eine Bedarfsumfrage bei voller Kostenbeteiligung würde diese Aussage bestätigen. Die Stadt Dübendorf hat dafür zu sorgen, dass den traditionellen Familien nach Mass ihrer Leistungskraft finanzielle Beiträge ausgerichtet werden. Diese müssen genau so hoch ausfallen, wie die Kosten der nicht in Anspruch genommenen familienergänzenden Kinderbetreuung. Die SVP – Fraktion unterstützt den Antrag der GRPK.

Für Toni Lanzendörfer (SP / JUSO) verlief die bisherige Diskussion nicht sehr erfreulich. Es wurde nur von Geld gesprochen. Eine Verbesserung der Situation wie sie im politischen Vorstoss Jürg Gasser gefordert wurde, blieb bis anhin unerwähnt. Heute sind rund 30 Kinder da, die auf einen Krippenplatz warten. Das sind doppelt so viele wie vor 2 Jahren. Ein gutes Betreuungsangebot ist auch wirtschaftlich bedeutend für den Standort Dübendorf. Eine Studie belegt sogar, dass für jeden eingesetzten Franken ein Mehrfaches an Steuergeldern zurück kommt. Dem Antrag der Schulpflege – ohne dem Ergänzungsantrag des Stadtrates – ist zuzustimmen.

Andrea Kennel (SP / JUSO) belegt die Aussage von Toni Lanzendörfer mit ihrem persönlichen Beispiel ihrer Familie. Zum Abänderungsantrag des Stadtrates betreffend Kostendeckungsgrad: Dieser kann schlicht und ergreifend nicht alleine durch eine bessere Durchmischung erreicht werden. Es wäre klar, dass Tarifanpassungen nötig sind. Tarifanpassung heisst aber, dass diejenigen zur Kasse gebeten werden, die bereits ein gewisses Einkommen erzielen, aber noch nicht das Maximum bezahlen müssen. Die sogenannte Mittelschicht müsste deutlich mehr bezahlen als heute. Dieser Mittelstand sind aber genau die Eltern, die einen interessanten Beruf haben. Für diese Familien ist es wichtig, dass sie die Möglichkeit haben Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. Ich bitte Sie daher dem Antrag der Schulpflege zuzustimmen und den Ergänzungsantrag des Stadtrates abzulehnen.

Gaby Gossweiler (FDP) führt aus, dass dreiviertel der GRPK sich für mehr Krippenplätze in Dübendorf ausspricht. Dies muss aber mit einem anderen Modell geschehen. Im Gegensatz zum Bildungsvorstand ist Gemeinderätin Gossweiler der Meinung, dass die Kleinkinder auch in privat geführten Krippen genau so gut gefördert werden können wie in öffentlichen Einrichtungen. Bei einer starken Erhöhung der Elternbeiträge besteht die Gefahr, dass eine Umverteilung zum Sozialwesen eintreten kann. Auch gibt es eine Schnittstelle, bei der festgelegt wird, wer nun in die öffentliche Krippe gehen darf. Dabei ist zu beachten, dass Benachteiligte gefördert werden. Im Kantonsrat sind zurzeit diverse Vorlagen hängig, die diese Problematik beinhalten. Ihr gemeinsames Ziel ist, dass sich die öffentliche Hand vermehrt an der Kleinkinderbetreuung engagiert. Bei der Finanzierung herrscht aber auch hier die Meinung vor, weg von der Objektfinanzierung hin zur Subjektfinanzierung. Dübendorf könnte hier eine nicht zu unterschätzende Vorarbeit leisten. Die GRPK sagt nicht nein zu mehr Krippenplätze. Sie fordert aber ein anderes Modell mit Einbezug der privaten Anbieter.

Andrea Kuhn erklärt, warum ausgerechnet die CVP dem Antrag ablehnend gegenübersteht. Wir, die uns die Familienpolitik auf den Leib schreiben, sollten doch bedarfsgerechte und familienergänzende Betreuung von Kindern im Vorschulalter forcieren. Zudem ist eine gut funktionierende familienergänzende Betreuung ein wichtiger und ausgewiesenermassen, ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil. Ein optimales Angebot generiert weitere Steuereinnahmen und spart öffentliche Ausgaben. Der Antrag resp. der Vorschlag führt zu einem ineffizienten Unterfangen, er ist nicht innovativ – schlicht lieb- und fantasielos und betriebswirtschaftlich zum Scheitern verurteilt. Die Finanzen werden über kurz oder lang aus dem Ruder laufen. Die CVP will eine moderne, innovative Krippenpolitik in unserer Stadt. Es müssen zwingend verschiedene Modelle und Lösungen geprüft werden. Auch ein mögliches Outsourcing in ein unabhängig geführtes Unternehmen (Verein/Stiftung) wie es am Bei-

spiel der WBK erfolgreich praktiziert wurde und immer noch wird, muss in Betracht gezogen werden. Wir wollen eine Stelle bei der Stadt oder einen Stadtrat, der sich verantwortlich fühlt, der sich einsetzt, Gespräche sucht mit bestehenden Kindertagesstätten, mit Firmen und interessierten Eltern. Nur so wird es möglich sein, eine für Dübendorf attraktive und finanziell gesunde Kindertagesstättenpolitik zu betreiben und innovative Ideen umzusetzen.

Bruno Fenner (BDP / EVP) ermuntert die Ratsmitglieder, dem Antrag der Schulpflege unverändert zuzustimmen. Sollte das Geschäft an den Stadtrat resp. Schulpflege zurückgewiesen werden, dauert es wiederum 3 – 4 Jahre bis eine entscheidungsreife Vorlage da ist. Die Krippenplätze werden aber heute schon benötigt. Allfällige Mängel bei den Berechnungsmodellen können auch im Laufe der Zeit noch nachgebessert werden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsverfahren: Zuerst wird über den Rückweisungsantrag der GRPK entschieden.

Abstimmung:

Antrag der GRPK auf Rückweisung: 26 Ja zu 9 Nein

Das Geschäft Nr. 232 / 2009 ist somit an den Stadtrat, resp. Primarschulpflege zurückgewiesen.

6. Zusatzkredit für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Tagesstrukturen in der Primarschule Dübendorf (Hort und Mittagstische) / Bewilligung
Geschäft Nr. 233 / 2009

GRPK – Sprecher Hans Baumann (SP):
Die GRPK beantragt dem Gemeinderat Zustimmung zum Antrag der Primarschulpflege und ebenfalls Zustimmung zum Ergänzungsantrag des Stadtrates.
In seinen Ausführungen geht er auf folgende Punkte ein:
- Inhalt des Antrages der Primarschulpflege
  - Weiterentwicklung der Tagesstrukturen
  - gesetzlicher Auftrag
  - zusätzliches Angebot von heute 205 wird auf 310 Betreuungsplätze erweitert
  - Zusatzkredite im Jahr 2011 und 2012
  - Kostendeckung durch Elternbeiträge von 44.5 %
  - Beitragsmodell
  - Kosten Mittagstisch
- Inhalt des Ergänzungsantrages des Stadtrates
  - Stadtrat genügt die Kostendeckung von 44.5 % nicht
  - Ergänzungsantrag auf 50 % Kostendeckung in 2 Schritten
- Beurteilung der Anträge durch die GRPK

  Für eine Mehrheit der GRPK ist die Notwendigkeit des Ausbaus der schulergänzenden Tagesstrukturen gegeben, insbesondere weil es sich hier auch um einen gesetzlichen Auftrag handelt. Vor allem zwei Punkte waren jedoch umstritten und führten auch zu einer Rückweisung des ersten Vorschlags:

  Die Höhe der Elternbeiträge: Diese müssen so gestaltet sein, dass es auch für Familien mit tiefen

und mittleren Einkommen und mehreren Kindern möglich bzw. noch attraktiv ist, ihre Kinder betreuen zu lassen. Bei Alleinerziehenden oder Doppelverdienern mit tiefen Einkommen besteht bei zu hohen Beiträgen die Gefahr, dass die Sozialhilfe die Beiträge oder einen Teil der Beiträge übernehmen muss. Mit anderen Worten: Die Kosten, die für die Stadt anfallen werden nur von einer Kostenstelle in eine andere verschoben. In dem nun vorliegenden Antrag werden beim Hort die Geschwister- und Lebenskostenrabatte beibehalten, so dass die Beitragserhöhungen weniger stark ausfallen als in der ersten Vorlage. Die Primarschule sieht allerdings vor, die Beiträge ab 2012 nochmals zu erhöhen.
Der Kostendeckungsgrad: Steht in engem Zusammenhang mit den Elternbeiträgen. Will man soziale Durchmischung im Hort, müssen auch Kinder aus Familien mit mittleren und höheren Einkommen aufgenommen werden. Dies gewährleistet auch einen höhern Kostendeckungsgrad. Durch zu hohe Beiträge werden aber gerade diese Familien abgeschreckt. Deshalb braucht es bezüglich Kostendeckung und Beiträgen ein „Fine-Tuning“ um eine optimale Lösung zu erreichen. Die GRPK war deshalb zunächst skeptisch bezüglich des vom Stadtrat verlangten, fest fixierten minimalen Kostendeckungsgrads. Schliesslich überwog aber die Meinung, dass die vom Stadtrat beantragten 50 Prozent nicht mehr allzu weit weg liegen von den von der Primarschule vorgesehenen 44.5 Prozent und also als erreichbar erachtet werden.

Ergänzungsantrag des Stadtrates

4. Der Kostendeckungsgrad hat mindestens 50 Prozent zu betragen. Die Umsetzung erfolgt in zwei Etappen, per 1. Januar 2010 und per 1. Januar 2011.

Bildungsvorstand Edith Jöhr betont, dass die Erweiterung und Anpassung der Tagesstrukturen in der Primarschule gesetzlich verankert ist. Vorbehalten wird, dass ein Bedarf ausgewiesen wird. Eine Umfrage hat dies im vorliegenden Umfang gemäss Antrag ergeben. Die Schulpflege will einen hohen Kostendeckungsgrad erreichen. Die Anpassungen werden in zwei Schritten per 2010 und 2011 erfolgen. Sie kann aber einer starren Regelung gemäss Antrag Stadtrat nicht zustimmen. Zu viele Faktoren spielen hier eine Rolle. Die Tarife müssen den Eltern 6 Monate im Voraus bekannt gegeben werden. Mit ständig ändernden Ansätzen ist dies kaum möglich.

Arthur Gasser (EDU) hat das Geschäft genau durchleuchtet und macht 7 Feststellungen, die dem Antrag entgegenstehen oder neue Fragen aufwerfen. Daher stellt er den

Antrag um Rückweisung des Geschäftes,

insbesondere auch deshalb, weil der Ergänzungsantrag des Stadtrates nur einen Mindeskostendeckungsgrad von 50 % vorsieht. Der Kostendeckungsgrad hat mindestens 60 % zu betragen. Dies auch in Anbetracht dessen, dass die Oberstufe Dübendorf-Schwerzenbach bei ihrem ähnlichen Angebot eine solchen von 60 % und das ergänzende Krippenangebot gemäss Gesch. Nr. 232 / 2009 sogar einen solchen von 66 % vorsieht.

Daniel Brühwiler (GEU) erklärt, dass er von der Bildungsdirektion neue und aktuelle Informationen erhalten habe. Danach können schulergänzende Tagesstrukturen sogar kostenneutral erfolgen. Von gleicher Stelle war zu erfahren, dass für die Gemeinden, die im Finanzausgleich stehen, von der Bildungsdirektion ein Kostendeckungsgrad von 2/3 festgelegt wird. Die GEU – Fraktion stellt folgenden

Änderungsantrag:

Der Ergänzungsantrag des Stadtrates wird wie folgt modifiziert:

Der Kostendeckungsgrad hat mindestens zwei Drittel zu betragen. Die Umsetzung erfolgt in zwei Etappen, per 1. Januar 2010 und per 1. Januar 2012.

Andrea Kennel (SP / JUSO) äussert sich vor allem zum Antrag Kotendeckungsgrad. Dieser kann schlicht und ergreifend nicht alleine durch eine bessere Durchmischung erreicht werden. Es wäre klar, dass Tarifanpassungen nötig sind. Dies würde vor allem den Mittelstand betreffen. Und genau bei diesen Familien ist es auch für Dübendorf interessant, wenn sie Beruf und Familie verbinden können. Wir müssen den Kostendeckungsgrad langfristig optimieren im Wissen, dass jeder in familienexterne Kinderbetreuung investiert Franken ein Mehrfaches zurück kommt. Daher stellt sie im Namen der SP/JUSO - Fraktion den Antrag den Ergänzungsantrag des Stadtrates zu streichen.

Hans Baumann stellt fest, dass die SP – JUSO aufgrund der bisherigen Diskussion die einzige Fraktion ist, die den Antrag der Schulpflege vorbehaltlos unterstützt. Der Antrag der GEU erstaunt und ist als völlig unrealistisch zu kritisieren. Zu den detaillierten Fragen von Ratskollege Gasser ist zu bemerken, dass über das Ganze eine Mischrechnung gemacht werden muss. An die Adresse der GEU sagt Gemeinderat Baumann, dass wissen sie sollte, dass die Beiträge durch die Schule bereits erhöht werden. Diese beträgt bei einem Einkommen von Fr. 65'000. — neu 40 Franken, also eine Verdoppelung. Bei 2 Kindern bedeutet dies monatliche Ausgaben von 1'000 bis 2'000 Franken für die Fremdbetreuung. Die Familienbudgets gehen so nicht auf. Im Weiteren muss bedacht werden, dass Dübendorf im Wettbewerb mit den umliegenden Gemeinden um die Standortgunst steht.

Orlando Wyss (SVP) rügt die Aussage der SP / JUSO Fraktion wonach jeder investierte Franken in die ausserschulische Betreuung von Kindern um ein mehrfaches an die Gemeinde zurück kommt als unwahr. Er verweisst auf einen entsprechenden Artikel in der NZZ. Im Weiteren ist er der Meinung, dass im Bereich der Kinderbetreuung die Angebote von Primar- und Oberstufenschule auf einander abgestimmt werden müssen. Die SVP – Fraktion unterstützt den Antrag der GEU.

<u>Abstimmungen:</u>

1. Antrag Arthur Gasser (EDU) auf Rückweisung 2 Ja zu 25 Nein

Das Geschäft wird somit bereinigt.

2. Ergänzungsantrag Stadtrat
   Kostendeckungsgrad 50 %, Anpassungen 2010 u. 2011 10 Stimmen

   Ergänzungsantrag GEU – Fraktion
   Kostendeckungsgrad 2 / 3, Anpassungen 2010 u. 2012 24 Stimmen

3. Antrag Schulpflege, ohne Ergänzungen 9 Stimmen

   Bereinigter Ergänzungsantrag GEU 27 Stimmen

4. Schlussabstimmung

Für den bereinigten Antrag	28 Stimmen
Dagegen	8 Stimmen

Beschluss:

1. Für die Kosten zur Weiterentwicklung der Tagesstrukturen in der Primarschule wird ein Zusatzkredit von total brutto 774’00 Franken zulasten der laufenden Rechnung genehmigt. Im Jahr 2010 werden davon als erste Tranche 438'960 Franken und im Jahr 2011 als zweite Tranche 335'040 Franken benötigt. Ab 2012 beträgt der jährliche Zusatzkredit brutto 774'000 Franken. Von diesen Kosten werden die Elternbeiträge abgezogen.

2. Der Kostendeckungsgrad hat mindestens 2 / 3 zu betragen. Die Umsetzung erfolgt in zwei Etappen, per 1. Januar 2010 und per 1. Januar 2012.

3. Dieser Beschluss ist der Gemeinde-Urnenabstimmung zu unterbreiten.

7. Motion Hans Baumann (SP) „Familienergänzende Betreuung von Kleinkindern“ / Begründung und Überweisung Geschäft Nr. 257 / 2009

Motionär Hans Baumann (SP):
„Mit den vorgängigen Entscheiden des Gemeinderates ist klar, dass das Betreuungsangebot in Dübendorf mangelhaft bleibt. Mit der vorliegenden Motion sollen verschiedene Ziele erreicht werden:

- Privaten und gemeinnützigen Krippen Anreize geben, um ihr Angebot auszuweiten und mehr Plätze anzubieten.
- Mehr Frauen (und Männern) die Möglichkeit geben, ihren Beruf mit der Gründung einer Familie in Einklang zu bringen.
- Auch Familien mit mittleren und höheren Einkommen die Möglichkeit geben, ihre Kinder betreuen zu lassen. Damit wird auch eine bessere Kostendeckung durch Elternbeiträge erreicht.
- Soziale Durchmischung fördern. Soziale Durchmischung bedeutet auch bessere Integration von Kindern aus allen sozialen Schichten und von Kindern mit Migrationshintergrund.
- Dübendorf so als familienfreundliche Stadt für Einwohner und als Wirtschaftsstandort für Betriebe attraktiver machen.

Die Motion lässt die Einzelheiten der Organisation des Subventionsmodells offen. Hier muss der Stadtrat einen vernünftigen Vorschlag ausarbeiten. Ich möchte hier aber ausdrücklich betonen, dass es zahlreiche Modelle in anderen Gemeinden gibt, die sehr vernünftig sind und von denen man wesentliche Teile übernehmen kann (Uster, Zürich, Winterthur, Luzern). Dübendorf muss das Rad also nicht neu erfinden! Für mich als Motionär ist auch klar, dass nur eine Form der „Subjektfinanzierung“, wie das Schlagwort im Fachchargon heisst, in Frage kommt. D.h., dass Familien, ihre Krippe frei wählen können und das Kind bzw. der Krippenplatz subventioniert wird und nicht die Betreuungsinstitution. Dies ist übrigens auch in den oben erwähnten Städten der Fall, wenn auch in verschiedenen konkreten Formen. In einem solchen System ist auch eine Konkurrenz zwischen städtischen und privaten Krippen möglich oder sogar erwünscht. Die Krippe, die für das jeweilige, einzelne Kind die beste Qualität oder Leistung anbietet, wird dann ausgewählt. Vorläufig wird es leider meist so sein, dass jene Krippe ausgewählt wird, die überhaupt noch einen Platz hat! Aus den verschiedenen im Vorfeld dieser Sitzung geführten Diskussionen weiss ich, dass viele von euch grundsätzlich hinter dieser Motion stehen können. Sie ist auch so formuliert, dass ein möglichst breiter Konsens möglich ist. Ich bitte euch daher, jetzt einen Schritt vorwärts zu gehen und diesem Vorstoss zuzustimmen.“

Namens des Stadtrates erklärt Bildungsvorstand Edith Jöhr, dass der Stadtrat nicht bereit ist diesen parlamentarischen Vorstoss entgegen zu nehmen.

Diskussion:

Jacqueline Hofer (SVP) stellt ihre Ausführungen unter den Titel „Das Kindswohl steht vor den eigenen Interessen“. Die Familie bildet nach wie vor die Grundlage unserer Gemeinschaft. Gerade Kinder im Vorschulalter brauchen in der Erziehung die Eltern, die sich persönlich verantwortlich fühlen. Auf Zeit angestellte Funktionäre können die Eltern nicht ersetzen. Alle sozialistischen Fremdbetreuungsmodelle sind gescheitert. Anstatt Fehlentwicklungen zu unterstützen und Anreize für eine Verstaatlichung unserer Kinder durch ein Überangebot an Fremdbetreuungsplätzen schaffen, sollen Eltern wieder lernen das Kindswohl vor die eigenen Interessen zu stellen. Eine Vollkostenbedrüfnisabklärung würde bestätigen, dass das örtliche Angebot mehr als genügt. Die bestehenden öffentlichen Einrichtungen sollten denjenigen zur Verfügung stehen, die wirklich brauchen. Integrationsarbeit ist nicht Aufgabe der Kinderkrippen. Im Weiteren ist die Behauptung wonach sich öffentliche Investitionen in die Kinderbetreuung lohnen zurück zu weisen. Die SVP – Fraktion lehnt die Motion ab.

Andrea Kuhn lehnt die Motion im Namen der CVP ebenfalls ab.

Valeria Rampone (GEU) betont die Wichtigkeit der Subjektfinanzierung. Die Fraktion unterstützt die Motion nicht.

Abstimmung:	Für die Überweisung:	8 Stimmen
	Gegen die Überweisung	24 Stimmen

Das Geschäft Nr. 257 / 2009 ist somit abschliessend behandelt.

Die Sitzung wird um 21.10 Uhr für 10 Minuten Pause unterbrochen.

---

8. Erste Fragestunde des Amtsjahres 2009 / 2010

Es sind 17 Fragen eingereicht worden.

Stephan Schneider (CVP) betr. Jugendgewalt / Jugendpolizei

Fragen:

1. Wie wird die Jugendgewalt in Dübendorf statistisch erfasst und welche lokale statistische Auswertungen gibt es und wären diese öffentlich zugänglich?

2. Fall es keine Auswertungen gibt, aufgrund welcher Kriterien wird das Ausmass der Jugendgewalt definiert.

3. Hat der SR den Anstoss für eine Jugendpolizei weiterverfolgt und was war das Resultat? Falls nichts unternommen wurde warum nicht? Wie verfährt der SR mit diesem Anstoss weiter?

Sicherheitsvorstand André Ingold antwortet:

Mit der Jugendgewalt befassen sich in Dübendorf: Idee Jugend, Kirchen, Schulen, Stapo, Kapo Jugenddienst. Die fachliche Betreuung und Auswertung erfolgt durch diese Abteilung der Kapo.

Zu 1.:
Es gibt keine Statistiken über die einzelnen Gemeinden.

Zu 2.:
Subjektive Wahrnehmungen durch die erwähnten Organisationen.

Zu 3.:
Das Problem wird regional (Regionen See und Oberland) durch die Kapo angegangen. Die Amtsstelle wird in Uster stationiert.

Stephan Schneider (CVP) betr. Kidskadetten für Schulwegsicherung / Kreisel Wil

Fragen:

1. Wie gefährlich schätzt der SR den Kreisel Wil für die Schüler und Schülerinnen ein?

2. Wie steht der SR der Idee zur Einsetzung von Kidkadetten, die für die sichere Überquerung der Schüler sorgen, gegenüber?

3. Sind allenfalls konkrete baldige Sofortmassnahmen schon beabsichtigt, falls nicht, was gedenkt der SR zu machen?

Bildungsvorstand Edith Jöhr antwortet:

Sie teilt die Meinung des Fragestellers in Bezug auf die Gefährlichkeit des Verkehrskreisel Wil. Viele Verkehrsbeziehungen sind involviert. Kidskadetten sind aber keine Lösung, da sie nicht permanent

anwesend sind. Sofortmassnahmen sind nicht möglich. Eine eigens eingesetzte Arbeitsgruppe studiert zurzeit das Problem.

Rudolf Herter (FDP) betr. Stadtentwicklungskonzept

Fragen:

1. Sind die Arbeiten planmässig unterwegs?

2. Wann werden der Gemeinderat und die Öffentlichkeit orientiert?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

Die Vorbereitungsarbeiten sind auf Zielkurs. Das Konzept ist im Herbst fertig erstellt und wird im November im Stadtrat beraten. Die öffentliche Diskussion soll im Februar 2010 erfolgen. Aus den Ergebnissen werden dann Massnahmen erarbeitet.

Barbara Schori (CVP) betr. Austritt aus dem Zweckverband Sozialer Dienst

Fragen:

1. Wie ist der Stand der Arbeiten zur Übernahme der Klienten aus Dübendorf?

2. Sind die Anschlussverträge bereits und Dach?

3. Falls nicht, wie ist das weitere Vorgehen?

Sozialvorstand Kurt Spillmann antwortet:

Zu 1.:
Der Prozess verläuft termingerecht.

Zu 2.:
Die Verträge werden bis 31. Oktober 2009 abgeschlossen sein.

Zu 3.:
Die gesteckten Ziele werden erreicht werden.

Gaby Gossweiler (FDP) betr. Totalsanierung Bauhof

Fragen:

1. Wie weit ist die Planung dieses Bauvorhabens gediehen?

2. Wann wird die bauliche Umsetzung der Sanierungsarbeiten in Angriff genommen?

3. Wann werden der sanierte Bauhof und die neu gebaute Fahrzeughalle voraussichtlich dem Betrieb übergeben?

Finanzvorstand Martin Bäumle antwortet:

Zu 1.:
Die Planung ist noch nicht abgeschlossen. Eine Überarbeitung des Projektes im Mai 2009 führte diverse Mehrkosten zu Tage. Die zurzeit bekannten Zahlen übersteigen die Kompetenz des Stadtrates sowie des Gemeinderates. Eventuell muss das Geschäft noch der Urnenabstimmung unterbreitet werden. Eine weitere Option ist, die Planung von Grund auf neu zu beginnen. Ein Entscheid über das weitere Vorgehen dürfte Ende 2009 fallen.

Zu 2.:
Dies dürfte im Jahr 2010 aber eher im Jahr 2011 sein.

Zu 3.:
Wenn es optimal läuft, im Jahr 2010, realistisch eher 2011 oder 2012.

Gaby Gossweiler (FDP) betr. ARA Neugut

Fragen:;

1. Welche Instanzen prüfen und bewilligen in Dübendorf dieses Geschäft?

2. Wann liegt die entsprechende Vorlage bei diesem Gremium vor?

3. Was passiert, wenn die zuständigen Gremien Dübendorf bis Ende Dezember 2009 zu keinem Entscheid gekommen sind?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

Die Prüfung erfolgt in erster Linie durch die beteiligten Zweckverbandsgemeinden. Zu den Inhalten der neuen Statuten hat der Stadtrat noch Vorbehalte. Das Geschäft dürfte Ende Jahr durch den Stadtrat zuhanden des Gemeinderates verabschiedet werden. Das Gemeindeamt ist orientiert, dass die definitiven Beschlüsse nicht bis Ende 2009 vorliegen und am 1. 1. 2010 umgesetzt werden können.

Gaby Gossweiler (FDP) betr. Schriftliche Anfrage Verkehrssituation in der Aussenwacht Gfenn

Fragen:

1. Aus welchem Grunde ist die zeitgerechte Beantwortung der schriftlichen Anfrage nicht erfolgt?

2. Wann darf mit der entsprechenden Beantwortung der schriftlichen Anfrage gerechnet werden?

3. Wäre es nicht angebracht, bei Verzögerung einer Antwort die Person, die diesen eingereicht hat über die Gründe der Verzögerung zu informieren?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

Zu 1.:
Er kennt die detaillierten Gründe nicht. Bei der Beantwortung der Anfrage sind 3 Ressorts beteiligt. Zudem hatte der Stadtrat in den Sommerferien nur eine Sitzung.

Zu 2.:
Die Antwort wird in der Stadtratssitzung vom 17. September 2009 verabschiedet werden.

Zu 3.:
Selbstverständlich wäre es angebracht gewesen.

Stephan Schneider (CVP) betr. Integrationskonzept

Fragen:

1. Ist das Integrationskonzept zwischenzeitlich vollständig ausgeschafft?

2. Worin liegen die Gründe für die Verzögerung?

3. Bis wann kann mit der Veröffentlichung des Integrationskonzepts gerechnet werden?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

Der Stadtrat hat im Juni 2009 das Konzept erstmals diskutiert. Die Vorlage verursacht erhebliche Kosten. Die Ersteller wurden beauftragt, diesen Bereich nochmals intensiv zu studieren. Formelle Beschlüsse sind noch nicht gefasst. Dies dürfte in ca. 1 ½ Monaten so weit sein. Fallen diese positiv aus, wird die Öffentlichkeit informiert.

Stephan Schneider (CVP) betr. Bahnhofbrücke / Strassenbelag

Fragen:

1. Könnte man mit einfachen Mitteln diese Belagsunebenheiten sanieren, so dass die Fussgänger auch bei Regen trocken zum Bahnhof kommen?

2. Wann wird diese Brücke saniert?

Bauvorstand Hans Zeier antwortet:

Er leitet die Frage an den abwesenden Tiefbauvorstand weiter. Die Antwort erfolgt schriftlich.

Max Senn (SP / JUSO) betr. Planungskredit ASZ / Start Ausführung

Frage:

Seit wann wird das Geschäft im Stadtrat behandelt?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

Der Stadtrat beschäftigt sich seit Dezember 2008 mit dem Projekt. Für die Vorbereitung wurde eine Baukommission eingesetzt. Am 20. November 2008 wurde ein Zwischenbericht erstellt, der aufzeigte, dass die Planung überprüft werden muss. Neue Empfehlungen werden in der nächsten Stadtratssitzung diskutiert. Danach wird das weitere Vorgehen fest gelegt. Auf jeden Fall muss das Projekt nochmals überarbeitet werden.

Anschlussfrage Max Senn:
Wann ist mit dem Antrag Baukredit zu rechnen?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:
Ca. nächsten Frühling.

Max Senn (SP / JUSO) betr. Anstellungsverhältnis

Frage:

Welche Kriterien sind entscheidend, dass eine Stelle ausgeschrieben bzw. nicht ausgeschrieben wird?

Sozialvorstand Kurt Spillmann antwortet:

Stadtrat Spillmann zeigt nochmals die Vorgeschichte auf. Die Kompetenz für die Wiederbesetzung der angesprochenen Stelle liegt bei der Leitung Alterszentrums. Die Sozialbehörde wurde über den Entscheid informiert. Zurzeit ist die Stelle lediglich befristet. Für die definitive Besetzung wird sie ausgeschrieben. Öffentlich auszuschreiben sind Leitungsfunktionen sowie Kaderstellen.

Andrea Kennel (SP / JUSO) betr. Wallisellenstr. 34 / Schrottsammlung

Fragen:

1. Ist diese Schrottablage feuerpolizeilich abgenommen?

2. Ist generell eine Schrottablage im Zentrum einer Stadt legal?

3. Falls eine der Antwortet Nein lautet: bis wann wird der Schrottplatz geräumt?

Bauvorstand Hans Zeier antwortet:

Von der Bauabteilung wurde die Räumung angeordnet. Es gab keine Einsprachen. Der Eigentümer hat versprochen, die Ablagerungen weg zu bringen. Falls dies nicht geschieht, wurde Ersatzvorname angedroht. Der Bauausschuss wird morgen den Abbruch beschliessen.

Anschlussfrage Andrea Kennel:
Wie ist die kürzeste Frist für die Räumung?

Bauvorstand Hans Zeier antwortet:
Es wird eine Frist von 10 Tagen gesetzt.

Andrea Kuhn (CVP) betr. Standortmarketing, Stadtentwicklung

Fragen:

1 Was braucht es, dass sich der Stadtrat bewusst wird, dass er so die obigen Ziele (Leitbild) nicht erreichen kann?

2. Wie lange müssen wir und unsere Dübendorfer Gäste aus dem In- und Ausland sich das noch ansehen?

3. Warum ist der Stadtrat hier so machtlos?

Sicherheitsvorstand André Ingold und Bauvorstand Hans Zeier antworten:

Die Bearbeitung des Abfallkonzepts ist in der Endphase und wird in Kürze dem Gemeinderat zugeleitet. Die Räumung der Abbruchliegenschaft wurde verfügt. Innert 10 Tagen erfolgte sie nicht. Jetzt wird die Ersatzvornahme angedroht. Der neue Eigentümer hat sich bereit erklärt, den Abbruch durchzuführen, wenn er die Baubewilligung für den Neubau erhält. Die Bewilligung ist am 3. September 2009 erteilt worden.

Andrea Kuhn (CVP) betr. Bahnhof Nord

Fragen:

1. Wann wird der Neubau Bahnhof Nord in Angriff genommen?

2. Ist die Baubewilligung erteilt?

3. Wieso werden die Anwohner nicht informiert?

Bauvorstand Hans Zeier antwortet:

Die Baubewilligung wurde am 3. September 2009 erteilt. Die Anwohner sowie die Bevölkerung wurden in einem Artikel im Glattaler informiert. Sobald die Baubewilligung rechtskräftig ist, beginnen die Eigentümer mit der Ausführungsprojektierung. Da es sich hier um ein komplexes Bauvorhaben handelt, dürfte die Vorbereitungszeit rund ein Jahr betragen.

René Crivelli (FDP) betr. Obere Geerenstrasse

Fragen:

1. Warum dauert die Sanierung der Oberen Geerenstrasse (1km) fast zwei Jahre?

2. Warum werden drei verschiedene Baufirmen beschäftigt?

3. Warum kann die Strasse am Abend von 17 Uhr bis am Morgen um 7 Uhr und am Samstag und Sonntag, wo nicht gearbeitet wird, nicht geöffnet werden?

4. Entstehen durch die bauliche Verzögerung Mehrkosten?

Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:

Die Sanierung erfolgt in drei Etappen. Private Bauten erfordern zusätzliche Anschlussarbeiten. Die erste Etappe hatte Mängel. Deren Behebung geht zulasten der Unternehmer. Die ganze Sanierung dauert bis ins Jahr 2010. Die Öffentlichkeit und Private vergeben Arbeiten, daher sind verschiedene Unternehmungen auf dem Platz. An den gemäss Frage 3. aufgeführten Zeiten kann die Strasse passiert werden. Dies wissen jedoch nur die Anwohner.

Anregung René Crivelli:
Die Signalisation sollte entsprechen abgeändert werden.

Stadtpräsident Lothar Ziörjen antwortet:
Aufgrund der bestehenden Vorschriften kann nicht anders signalisiert werden.

René Crivelli (FDP) betr. Restaurationsbetriebe

Fragen:

1. Wie werden die MwSt.-Sätze auseinandergehalten, wenn keine Registrierkasse vorhanden ist?

2. Wie wird der Umsatz versteuert, wenn keine Registrierkasse vorhanden ist?

3. Braucht ein Kebabstand keine eigenen Parkplätze oder gelten auf dem Bahnhof-Areal nicht die gleichen Regeln?

4. Wie verhält es sich mit Toiletten? Eine Toilette für Frauen und Männer ist ebenfalls nicht direkt vorhanden.

Sicherheitsvorstand André Ingold antwortet:

Betreffend die Patente gelten die gesetzlichen Anforderungen wie für alle Restaurationsbetriebe. Ebenso gelten die Vorschriften über die Lebensmittelkontrolle. Da sich der Stand auf dem Bahnareal befindet, könnten hier Sonderregelungen gelten. Die Details der Fragen werden schriftlich beantwortet.

Stefanie Huber (GEU) betr. Schulweg / Elterntaxi

Fragen:

1. Elterntaxi, wie hat sich die Situation entwickelt?

2. Wie steht es mit der allgemeinen Sicherheit bei den Schulwegen?

Bildungsvorstand Edith Jöhr antwortet:

Zu 1.:
Die getroffenen Massnahmen haben erste positive Rückmeldungen gebracht. Die geplanten speziellen Markierungen werden in Kürze angebracht.

Zu 2.:
Bei den Baustellen der Glattalbahn wurden Sofortmassnahmen ausgeführt, die eine bessere Übersicht gewährleisten. Für die gesamtheitliche Lösung der Schulwegsicherheit hat der Stadtrat eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt.

Einwände

Keine Einwände gegen die Geschäftsführung.

Schluss der Sitzung: 22.15 Uhr

Für die Richtigkeit

Der Sekretär - Stellvertreter

Gottfried Ruckstuhl

Eingesehen und für richtig befunden

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Peter Bless, Ratspräsident

Rolf Biggel, Stimmenzähler

Stefanie Huber, Stimmenzählerin

Stephan Schneider, Stimmenzähler